



Landesnaturschutzverband
Baden-Württemberg e.V.

Dachverband der Natur-
und Umweltschutzverbände
in Baden-Württemberg
nach § 66 Abs. 3 NatSchG

Anerkannter Naturschutz-
verband nach § 67 NatSchG

Position des LNV zur Energiepolitik

Keine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke! Atomausstieg ist im vorgesehenen Zeitrahmen mit einer positiven CO₂-Bilanz möglich!

Ministerpräsident Günther Oettinger setzte sich für eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten ein und begründet dies damit, dass anders die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet sowie die Klimaschutzziele nicht erreicht werden können.

Den LNV ist der Problematik mit Hilfe unseres Energie-Referenten Dr. Joachim Nitsch auf den Grund gegangen und kommt darauf zu folgendem Ergebnis:

Im Bereich **Stromversorgung** vermindert die Stilllegung der Kernkraftwerke Obrigheim und Neckarwestheim I das Stromangebot in Baden-Württemberg bis 2009 um 13 % oder um knapp **10 TWh** [1] pro Jahr. Dieser Wegfall kann durch folgende Maßnahmen kompensiert werden:

1. Verbesserung der Effizienz der Stromnutzung

Das Land fördert und propagiert stärker als bisher die Reduktion des Stromverbrauchs durch rationelleren Einsatz elektrischer Energie in Haushalten, Verwaltungen, Industrie und Gewerbe. Das Potential zur Senkung des Energiebedarfs bei elektrischen Geräten, Antrieben und der Wärmebereitstellung ist bei weitem nicht ausgereizt. Die dadurch mögliche Senkung des Stromverbrauchs **um 3,6 TWh/a** liegt bei 5 % des Verbrauchs von 2004.

2. Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zur Verbesserung der Umwandlungseffizienz bei der fossilen Stromerzeugung

Das Land setzt sich dafür ein, dass der Neubau von Kraftwerken ohne KWK unterbleibt. Stattdessen werden Heizkraftwerke errichtet bzw. bestehende Kapazitäten erweitert, vorwiegend wird aber die dezentrale KWK (Blockheizkraftwerke) ausgebaut. Die Stromerzeugung aus KWK steigt **um ca. 3 TWh/a**. Die genutzte Wärme verdrängt Gas und Öl im Wärmesektor.

3. Verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien zur Strombereitstellung

Das Land unterstützt stärker als bisher die Nutzung erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung. Dadurch wird es möglich, bis 2010 jährlich **ca. 3,8 TWh/a** mit dem Schwerpunkt bei Wasserkraft, Biomasse und Windenergie zusätzlich bereitzustellen.

Insgesamt beträgt dieses Kompensationspotential somit **10,4 TWh/a**. Beschreitet man diese Wege, kann die Ablösung der Kernenergie eingeleitet werden, ohne dass dadurch die Stromversorgung gefährdet wird.

Neben der Stromversorgung existieren mit der **Wärmebereitstellung** und dem **Verkehr** zwei weitere große Energiebereiche, die nach Auffassung des LNV zwingend in die Energiepolitik des Landes mit einbezogen werden müssen. So bestehen große Modernisie-

rungspotentiale im Bereich der Gebäudesanierung. Nur wenn diese Bereiche parallel zum Stromsektor konsequent angegangen werden, kann die Energieversorgung langfristig gesichert werden, ohne gleichzeitig die Erfordernisse eines wirksamen Klimaschutzes vernachlässigen zu müssen.

Die vom LNV vertretene Energiewende birgt auch erhebliche **wirtschaftliche Vorteile**: Durch eine Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken wird die notwendige Modernisierung der Energieversorgung verzögert. Dies schadet nicht nur der Umwelt, sondern mittel- und langfristig auch dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Denn der von Natur- und Umweltschützern geforderte Umbau der Energieversorgung in Richtung Effizienzsteigerung, Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und Nutzung der erneuerbaren Energien bringt unserem Land erhebliche wirtschaftliche Impulse und zusätzliche Arbeitsplätze:

- Der Bedarf an knappen und immer teurer werdenden fossilen Energieträgern (Öl und Erdgas) geht zurück.
- Handwerk und mittelständische Unternehmen profitieren von Investitionen zur Energieeinsparung, zur rationellen Energieumwandlung und bei Bau und Betrieb der Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien.
- Land- und Forstwirtschaft profitieren von der Verwertung und Nutzung von Biomassereststoffen und dem Anbau von Energiepflanzen.

Diese Strategie sichert eine weitaus höhere **Wertschöpfung im Land**, als die jetzige und auch für die Zukunft von der Landesregierung propagierte Stromerzeugung in Großkraftwerken. Sie ermöglicht aufgrund ihrer großen Potentiale darüber hinaus eine **kontinuierliche Reduktion von Treibhausgasen** bis auf ein klimaneutrales Niveau. Das Land wird deshalb aufgefordert, sich aktiv für den Umbau der Energieversorgung einzusetzen durch:

- die Entwicklung und Umsetzung eines Konzepts zur mittelfristigen Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien;
- die Beschleunigung der energetischen Sanierung von Gebäuden (Ausweitung Impulsprogramm Altbau);
- stärkere Förderung von Forschung und Entwicklung innovativer Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien;
- verstärkte Förderung der Markteinführung erneuerbarer Energien in der Wärmeversorgung (z.B. solarthermische Nahwärmanlagen, Biomassevergasung mit Kraft-Wärme-Kopplung und Nahwärmeversorgung, Geothermie);
- verstärkter Ausbau von kommunaler Nahwärmeversorgung;
- Abbau übertriebener restriktiver Regelungen bei der Genehmigung von Windkraftanlagen;
- vorbildliches Verhalten von Land und Kommunen bei der Ausschöpfung von Effizienzmaßnahmen und der Nutzung erneuerbarer Energien bei öffentlichen Gebäuden (energetische Sanierung, Heizungsumstellung u.ä.) und beim Fuhrpark.

Stuttgart, den 15.3.06